

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe mai 2006



Herausgeber, V.i.S.d.P.

Henner Schmidt
Vorsitzender des FDP-Be-
zirksverbandes Berlin-Mitte
Französische Straße 8
10117 Berlin
liberalcentral@fdp-mitte.de

Distribution

700 Stück digital (.pdf)
200 Stück Print

Chefredakteur

Nils Augustin
augustin@liberal-central.de

Redakteure/Autoren

Nils Augustin, Anno
Blissenbach, Jan Valentin
Deichsel, Terence Freibier,
Violetta Hartmann, Maren
Jasper, Volker Jürgensen,
Kurt M. Lehner, Katja v.
Maur, Peter Pawlowski,
Henner Schmidt, Stefan
Scholz, Tim Stuchtey,
Corvin Tolle

Autoren dieser Ausgabe

Peter Altmiks, Natja Denk,
Hellmut Königshaus,
Klaus-Peter von Lüdeke,
Julien Jordan v. Reitzen-
stein

Leserbriefe

--

FDP in Mitte im Internet

www.fdp-mitte.de
www.fdp-fraktion-mitte.de
www.liberal-central.de
www.fdp-friedrichstadt.de
www.fdp-ot.de
www.fdp-tiergarten.de
www.fdp-wedding.de
www.fdp-wilhelmstadt.de

Bankverbindung

FDP Mitte
Konto 0653 386 104
Postbank Berlin
BLZ 100 100 10

Textbeiträge mit Namens-
zeichen geben die Meinung
nur ihres Autors wieder
nicht die der Redaktion.

liberal central
mitgliederzeitschrift des fdp-bezirksverbandes
berlin-mitte
ausgabe mai 2006

www.liberal-central.de

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde in Berlin-Mitte,

am kommenden Wochenende ist es so weit: Der 57. Ordentliche Bundesparteitag der FDP in Rostock wird über die liberale Position zur Selbstverwaltung der Wirtschaft, insbesondere die Frage der Zwangsmitgliedschaft in den Industrie- und Handelskammern, neu entscheiden. Die Einsetzung der Kommission des Bundesverbandes, welche hierzu – unter Mitwirkung unseres Bezirksvorsitzenden Henner Schmidt – zwei alternative Entwürfe erarbeitet hat, geht im Wesentlichen auf einen Antrag unseres BV Mitte zum vergangenen Bundesparteitag in Köln zurück. Wünschen wir den Delegierten Mut und ordnungspolitische Klarheit bei der Entscheidungsfindung.

Wesentliches Thema des Bundesparteitages wird darüber hinaus mit einem Leitantrag des Bundesvorstandes die Umweltpolitik sein. Lobenswerter Weise will die Partei der Freiheit, welche einstmals die Umweltpolitik in Deutschland überhaupt erfand, verloren gegangenes Terrain mit einem klaren, positiv formulierten Entwurf für eine „rationale Umweltpolitik“ zurück erobern. Dank gilt insofern unserer stellv. Bezirksvorsitzenden Maren Jasper, die im Bundesfachausschuss einen wichtigen Beitrag leistete.

In unserem Bezirksverband Mitte steht derzeit insbesondere die Erstellung des bezirklichen Wahlprogrammes für die Wahlen im September auf der Agenda. Wenn Sie sich hieran beteiligen wollen, dann sind Sie selbstredend herzlich zur Teilnahme an dem Bezirksausschuss am 29. Mai eingeladen, welcher schlussendlich über unser Programm befinden soll. Effektiv ist nicht zuletzt auch jede Beteiligung im Vorfeld: Sprechen Sie einfach ein Mitglied des Bezirksvorstandes oder Ihre(n) Ortsvorsitzende(n) an, welche Ihnen den aktuellen Entwurf des Bezirksvorstandes sicher gerne zur Verfügung stellen. Dann können Sie Verbesserungsvorschläge in aller Ruhe und Umsicht prüfen und besprechen.

Mit liberalen Grüßen, Nils Augustin

Liberalismus will
Freiheit zur Verantwortung
anstatt
Freiheit von Verantwortung

Wiesbadener Grundsätze der FDP

Lagebericht des Vorsitzenden

Ein liberales Programm für Berlins Mitte – jetzt ist es Zeit für die FDP

von *Henner Schmidt*

Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde. In der letzten Ausgabe des Liberal Central habe ich Ihnen das Landeswahlprogramm der FDP vorgestellt, unser überzeugendes Angebot an die Bürgerinnen und Bürger, mit dem wir uns für die Abgeordnetenhauswahl im September gut aufgestellt haben.



Nun legt der Bezirksvorstand Ihnen den Entwurf des Bezirkswahlprogramms vor, mit dem wir die Wählerinnen und Wähler in Mitte für uns gewinnen und unsere Position in der BVV Mitte weiter ausbauen wollen.

Unser bezirkliches Wahlprogramm setzt konsequent die Ansätze fort, die das Landeswahlprogramm aufgezeigt hat und wendet sie auf unsere bezirklichen Probleme an: Wir wollen mehr Vielfalt und Wettbewerb, mehr Leistung für den Bürger und mehr Freiheit für alle, die ihre Ideen umsetzen und etwas unternehmen wollen.

Gerade in Mitte ist dies wichtiger als in anderen Bezirken: In kaum einem anderen Bezirk von Berlin werden so viele Initiativen behindert, blockiert und abgewürgt wie bei uns in Mitte. Frau Dubrau (Grüne) und ihre Verwaltung sind dafür inzwischen weit über Berlin hinaus bekannt und berüchtigt. Aber auch das Ordnungsamt unter CDU-Stadtrat Lamprecht ist schnell dabei, wenn es gilt, übertriebene Auflagen durchzusetzen.

Nur die FDP setzt sich dagegen konsequent für diejenigen ein, die etwas Neues schaffen und ihre Ideen umsetzen wollen.

Die BVV-Fraktion der FDP hat sich fünf Jahre lang gegen diese Verwaltung regelmäßig immer wieder dafür eingesetzt, dass Initiativen auch in Mitte eine Chance bekommen. Die FDP ist damit für alle, die in Mitte etwas bewegen wollen, ein glaubhafter Partner geworden.

Deshalb zielt unser Bezirkswahlprogramm genau auf die Menschen, denen wir besonders viel bieten können und die bereits erfahren haben, dass die FDP etwas erreichen kann:

Die Clubbesitzer und Clubgänger, die die lebendige Szene in Mitte erhalten wollen, die kleinen Gewerbetreibenden, die endlich weniger Belastung durch die Verwaltung brauchen, die Eltern, die freie Schulen gründen wollen und sich ein breites und flexibles Kita-Angebot wünschen, und die Immobilieninvestoren, die ihre Wohnungen so ausstatten wollen, wie es ihre Mieter erwarten.

Ebenso sprechen wir die Senioren an, die mehr Mitsprache wollen, die Immigranten, die sich integrieren wollen, aber dafür nicht genug unterstützende Angebote finden, die Fahrrad- und Autofahrer, die den Zustand der Straßen nicht mehr ertragen können und die Hundebesitzer, die mehr Auslauf für ihre Hunde brauchen.

Ich bitte Sie, im Mai dieses Programm zu diskutieren, da es am 29. Mai dann in einem Bezirksausschuss verabschiedet werden soll. (Die Einladung des Sprechers zu diesem Bezirksausschuss finden Sie auf Seite 11.)

Den Entwurf des Wahlprogramms können Sie über ihre Ortsvorsitzenden, die Mitglieder des Bezirksvorstandes oder die BVV-Fraktion erhalten. Ich würde Sie darum bitten, mir gegebenenfalls Änderungsanträge bis zum 20. Mai zukommen zu lassen.

Die Diskussion unserer Mitglieder über das Programm ist nicht nur wichtig, um eine möglichst gute Endversion des Programms zu erstellen, sondern ermöglicht es Ihnen auch, sich mit den wichtigsten Themen unseres Wahlkampfes vertraut zu machen, damit Sie die Positionen der FDP überzeugend gegenüber Freunden, Bekannten und Kollegen vertreten können.

Das Werben für die FDP, gerade in Ihrem persönlichen Umfeld, ist ein ganz wesentlicher Teil unseres Wahlkampfes. Laden Sie ruhig ein paar Freunde oder Kollegen ein, um Ihnen näher zu bringen, dass die FDP die beste Wahl für Berlin und Mitte ist. Sie können gerne auch unsere Kandidaten aus Mitte dazu laden, die sich freuen, wenn sie sich auch im persönlichen Gespräch vorstellen können.

Berlin kann nicht warten – jetzt ist es Zeit für die FDP.

Henner Schmidt (OV Gendarmenmarkt) ist Vorsitzender des FDP-Bezirksverbandes Berlin-Mitte

Kommentar aus Mitte

Ein liberaler Bericht vom anderen Ende der Welt

von *Natja Denk*

In der Presseberichterstattung hierzulande ist wenig bis gar nichts zu lesen über eine ursprünglich schon 1999 eingebrachte, aber nun wieder belebte Gesetzgebungsinitiative im Parlament der Republik Indonesien, die als „anti pornography bill“ Scharen von Bürgern, kurioserweise meistens Frauen – oft in Kopftüchern – auf die Straßen Jakartas treibt. Darunter sind sehr prominente wie die Schwester der ehemaligen Staatspräsidentin Soekarnoputri und die Gattin des Ex-Präsidenten Gus Dur. Zielsetzung dieses Gesetzentwurfs ist es, die Moral der Bürger zu schützen und Anstand im öffentlichen Leben zu garantieren.

Auf den ersten Blick eine ehrenhafte Initiative. Pornographie ist allerortens sozial sanktioniert. Der Schutz von Frauen und die Verteidigung von Anstand ist überall Gegenstand des gesellschaftlichen Lebens, auch des staatlichen Handelns. Aber es lohnt der zweite Blick. Eingebracht von der die moderate muslimische Mehrheit in der Republik angeblich vertretenden Gerechtigkeits-Partei nimmt diese den Lebensstil der hinduistischen bzw. buddhistischen Minderheiten im Inselreich ins Visier. Denn neben der Ächtung einschlägiger Publikationen, die tatsächlich das größte muslimische Land der Welt überschwemmen, bezieht die bill auch Lebensbereiche ein, die bisher kaum mit Pornographie in Verbindung gebracht wurden.

Träte der Gesetzentwurf in Kraft wäre es ein Verstoß, sich an den Stränden in Bademode zu zeigen. Zärtlichkeiten in der Öffentlichkeit wären als sexuelles Begehren erweckende oder ausdrückende Handlung untersagt. Frauen, die spät von der Arbeit nach Hause kämen, würden dem Verdacht der Prostitution ausgesetzt. Ebenso gälte für Frauen ein Kleidungsgebot, das in vielen Teilen des Landes kulturell tradierte Tracht unmöglich machen würde. Das festliche Leibchen der Balinesierin, das ganz aus Spitze oder zumindest durch Stickereien durchbrochenen Baumwolle besteht und zu den Zeremonien

in den Tempeln getragen wird, wäre obsolet. Ebenso die Tänze und Schauspiele der Kulturen Papuas und Balis. Kunstwerke und Abbildungen dieser wären anstößig, da – weibliche – Nacktheit dort wesentlich ist.

Nicht verwunderlich, dass besonders Intellektuelle und Künstler gegen das Gesetzesvorhaben opponieren, das sie für eine Instrumentalisierung religiöser Motive durch konservative Kreise halten, um Zensur durchzusetzen. Die Wahrnehmung im Ausland fällt dennoch fast völlig aus. Dabei bedeutete die höchst wahrscheinliche Annahme des Entwurfs, wenn er denn von der notorisch korrupten Exekutive buchstabengetreu umgesetzt würde, für das Leben und auch die Wirtschaftstätigkeit des Landes eine große Einschränkung.

Der Tourismus, schon genug belastet durch die jüngsten Auswüchse des Terrorismus, würde einer schweren Belastung ausgesetzt. Undenkbar, dass Touristen sich in langärmeligen Shirts und knielangen Hosen in die Sonne legen wollten. Ein verblichenes Abbild vergangener Tage jeder Besuch in Besakih ohne die Pracht der Pilgerinnen. Eine verschämte Prozedur jeder Tempel-Tanz. Der Reiz Indonesiens besteht in seiner ethnischen und kulturellen Pluralität. Dies Gesetz wäre das Ende der Vielfalt.

Ganz zu schweigen von den Konsequenzen für die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte. In der ohnehin patriarchalischen Gesellschaft Indonesiens würden Frauen durch die Beschränkung in Kleidung und Freizügigkeit zusätzlich ihrer Subjektivität beraubt. Ihre Verdrängung in den häuslichen Raum, in die Körperlosigkeit, in die Ausdruckslosigkeit wäre perfekt. Wie in jeder Gesellschaft ist dies beides – eine Verarmung des öffentlichen Lebens, weil eine unnötige Selbstbeschränkung auf die Talente nur der Männer, sowie eine unerträgliche Ungerechtigkeit gegenüber dem Streben eines Jeden nach Ausdruck der eigenen Persönlichkeit und ihrer Anerkennung. Jedes liberale Herz sollte schneller schlagen in diesen Tagen und den Verstand antreiben, den Mund zu benutzen.

Natja Denk (OV Wedding) ist Beisitzerin im Bezirksvorstand der FDP Mitte

Gastkommentar

Die Zusammenarbeit mit China neu gestalten!

von *Hellmut Königshaus*

Die Entwicklungszusammenarbeit mit Schwellenländern, insbesondere mit China, Indien, Brasilien und Südafrika, muss darauf reagieren, wenn die Länder endlich in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Das lässt sich am Beispiel Chinas, das ich kürzlich als Leiter einer Bundestagsdelegation besucht habe, gut erklären.

Die Reise, die nicht nur in die Boomregionen um Shanghai und nach Peking, sondern auch in die westliche Provinz Gansu und die Stadt Lanzhou geführt hatte, zeigte, dass China Regionen mit nach wie vor sehr großer Armut und erheblichem Entwicklungsbedarf, aber auch Wirtschaftszentren mit großer Strahl- und vor allem Wirtschaftskraft aufweist.

China hat in den vergangenen Jahren ein rasantes Wirtschaftswachstum erlebt. Es verfügt über genügend Wirtschaftskraft, um eine Formel 1-Strecke für 500 Millionen Dollar zu bauen und Menschen ins All zu schicken. Es verfügt über die größten Devisenreserven der Welt und beherrscht mit seinen Auslandsinvestitionen schon große Teile der amerikanischen Wirtschaft. Es stockt gerade seinen Militärhaushalt massiv auf. Es bezahlt selbst ca. 1,8 Milliarden Dollar jährlich für Entwicklungshilfe an andere Länder. Andererseits gibt es im Westen des Landes große Rückständigkeit und noch immer große Armut.

Ich sehe nach auch meinem Besuch die Position der FDP bestätigt, dass wir die Zusammenarbeit mit China zwar fortsetzen, sie aber auf eine neue Grundlage stellen sollten, die dem fortbestehenden Entwicklungsbedarf, aber auch der massiv gestiegenen Wirtschaftskraft des Landes Rechnung trägt. Es geht nicht mehr vorrangig um Entwicklungszusammenarbeit, sondern im Wortsinne um wirtschaftliche Zusammenarbeit. Denn China fehlt es nicht an Geld, jedenfalls nicht mehr als Deutschland, sondern (vereinzelt) an Know-How.

Es ist verständlich, dass die chinesische Seite die bisherigen Ergebnisse der Zusammenarbeit sehr positiv bewertet und eine Fortsetzung der Kooperation wünscht. Die chinesischen Gesprächspartner haben aber eingeräumt, dass sie Verständnis für Überlegungen haben, ob das Land nicht selbst einen größeren Eigenbeitrag zu den unterschiedlichen Entwicklungsprojekten leisten könnte. Die chinesische Regierung scheint dazu auch bereit zu sein. Aber solange wir klaglos weiterzahlen, werden sie uns nicht daran hindern.

Die Vertreter der deutschen Unternehmen in China haben darauf hingewiesen, dass die Entwicklungszusammenarbeit mittelbar auch der deutschen Exportwirtschaft zugute komme. Dies ist richtig und wichtig, hat aber eigentlich mit den Zielen unserer Entwicklungspolitik wenig zu tun. Dieser Nutzen ist bisher auch nicht ausreichend strukturell abgesichert. Auch unter

Berücksichtigung der OECD-Vorgaben könnte nach meinem Eindruck beispielsweise ein größerer Anteil an deutschen Lieferungen bei einzelnen Projekten erreicht werden.

Wir müssen daher die Zusammenarbeit mit China neu definieren, „win-win-Projekte“ entwickeln. Hierfür müssen neue Instrumentarien entwickelt werden, die Elemente der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit, aber auch einer modernen Exportförderung enthält. Auch deutsche wirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen ist legitim und notwendig, um weiterhin Akzeptanz der deutschen Steuerzahler zu erhalten. Wir arbeiten in der Fraktion derzeit an entsprechenden Modellen.

Allerdings kann die Umstellung der Zusammenarbeit nicht abrupt geschehen. Viele der derzeit laufenden Projekte sind langfristig angelegt und verbindlich über das Jahr hinaus vereinbart. Der Rechtsstaatsdialog etwa ist auch unverzichtbar und steht gerade für uns Liberale überhaupt nicht zur Diskussion. Es ist aber nicht zu erwarten, dass die Chinesen dafür bezahlen wollen. Für moderne Kraftwerkstechnologien oder die U-Bahn in Shanghai, die wir mitfinanziert haben, aber schon.

*Hellmut Königshaus MdB (BV Treptow-Köpenick),
Sprecher für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der FDP im Bundestag*



Zum Thema

Integration durch Bildung

von *Peter Altmiks*

Die Misserfolge unseres Schulwesens bei der Integration von Kindern aus Migrantenfamilien sind schon seit längerem bekannt und werden durch die Vorfälle an einer Berliner Hauptschule in der Öffentlichkeit derzeit intensiv diskutiert. Die PISA-Studie zeigt, dass Jugendliche aus Einwandererfamilien in allen Disziplinen deutlich schwächer abschneiden als ihre deutschen Mitschüler. In kaum einem anderen Land haben Migrantenkinder und Kinder aus sozial schwachen Familien schlechtere Bildungsaussichten als in Deutschland. Den bei der PISA-Studie erfolgreichen Staaten gelingt es wesentlich besser, ihre Zuwanderer zu fördern und ihnen den Weg zu höherer Bildung zu ebneten.



Für das bestehende Problem müssen jenseits des beliebten „Sonntagsgequatsches“ Lösungen skizziert werden, die über erforderliche strukturelle und organisatorische Maßnahmen, wie eine verstärkte Sprachförderung, Kindergartenpflicht für Kinder aus Migrantenfamilien, den Einsatz von Psychologen und Sozialarbeitern in einigen Schulen oder dem liberalen Konzept der Start-Klassen, hinausgehen. Schwerpunkt einer nachhaltigen Integrationspolitik ist eine Einigung auf gemeinsame Werte, die die Schulen vermitteln müssen und die die Basis einer auch kulturellen Integration ist. Es geht dabei nicht um die Normierung der kulturellen Identität oder die unselige Debatte um die „Deutsche Leitkultur“, sondern um die Bereitstellung einer Basis, auf der sich unterschiedliche Kulturen und Glaubensbekenntnisse im Rahmen unserer bestehenden Rechtsordnung entwickeln können.

Bildung soll vor allem zu Werten erziehen. Bildung trägt zur Persönlichkeitsentwicklung und Verantwortung bei. Sie soll den Einzelnen zu kritischem Denken und zum Lösen von Problemen befähigen. Ziel ist dabei die Fähigkeit zur ständigen Wissensanpassung. Nicht statische Wissensaddition, sondern lebenslanges Lernen zur aktiven Teilhabe an ökonomischen und gesellschaftlichen Veränderungen soll erreicht werden. Es sollen die Werte vermittelt werden, die für das zivilisierte Zusammenleben und für die Übernahme persönlicher Verantwortung nötig sind. Menschen sollen möglichst früh lernen, dass der Einzelne für die Folgen seines Handelns vor allem selbst verantwortlich ist.

Otfried Höffe identifiziert für unsere Gesellschaftsform fünf Dimensionen von Werten: Erstens wollen die Menschen in liberalen Demokratien zunächst überleben, die Wirtschafts- und Arbeitswelt begründet die ökonomische Dimension von Werten. Dazu gehören Arbeitswille, Leistungsbereitschaft, Kooperationsfähigkeit, Sensibilität sowie Kreativität und vorab die Bereitschaft, eine Berufskompetenz sowohl zu erwerben als auch fortzubilden. Zweitens eine politisch-soziale Wertedimension: Eine Rechtsordnung, die auf den Menschenrechten gründet, ersetzt willkürliche Konfliktlösung. Hier geht es um die wechselseitige Anerkennung der Menschen als Personen gleicher Würde. Drittens haben die Bürger das Recht nach eigenem Wunsch und Willen ihr Glück zu suchen. Als hierfür nützliche Werte sind Besonnenheit, Kritikfähigkeit, Klugheit, Welt- und Selbstvertrauen, Selbst- und Fremdachung sowie Kooperationsfähigkeit und Sozialkompetenz zu nennen. Viertens findet eine Gesellschaft ihren Zusammenhalt über ihre Sprache, Wissenschaft und Philosophie, über Musik, Kunst und Architektur. In einer funktionierenden Bürgergesellschaft spielt auch (staats-)bürgerliche Freundschaft eine wichtige Rolle. Fünftens stehen im Zeitalter der Globalisierung kosmopolitische bzw. Weltbürgerwerte im Vordergrund, die zu einer entsprechenden globalen Rechts- und Friedensordnung führen.

Letztendlich kommen wir nicht umhin, uns über die Grenzen und Möglichkeiten der Integration von und der Verständigung zwischen religiös unterschiedlich geformten Kulturen bewusst zu werden. In der Praxis bedeutet dies, bei jeder einzelnen Bildungseinrichtung genau abzuwägen. Gelangen wir zu dem Schluss, dass bestimmte Religionsgemeinschaften und kulturelle Einstellungen den zuvor skizzierten prägenden Grundwerten einer Demokratie widersprechen, müssen wir ihnen zumindest im Bildungswesen Einhalt gebieten. Hier sind demokratische Grundwerte gegen Einschränkungen zu schützen. Stärken jedoch Kulturen und Religionsgemeinschaften demokratische Grundwerte, so erhalten wir eine gemeinsame Basis für eine erfolgreiche, nicht allein sprachliche Integration und wir werden sie als Bereicherung im pluralistischen Wettbewerb auffassen. Wir können es uns nicht leisten, dass unsere Gesellschaft und unsere Schulen daran scheitern, allen Kindern diese Grundwerte zu vermitteln. Anderenfalls bekommen wir nicht nur im Bildungswesen Probleme.

Dr. Peter Altmiks (OV OT) ist Referent für Bildung am Liberalen Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung

Aus dem Abgeordnetenhaus

Dresden macht es uns vor

von *Klaus-Peter von Luedeke*

Angesichts der 60 Milliarden-Verschuldung Berlins und der Klage in Karlsruhe rückt wieder verstärkt das sog. Berliner Tafelsilber in die öffentliche Diskussion. Ein Beispiel für die Aktivierung von Vermögenswerten stellen die landeseigenen Wohnungsgesellschaften dar. Deren Bilanzverlust betrug im Jahre 2004 insgesamt 76,3 Millionen bei Kreditverbindlichkeiten in Höhe von 8,07 Milliarden und laufenden Zuschüssen des Landes von 145,6 Millionen. Trotzdem sind einige Wohnungsgesellschaften nicht in der Lage, dringend erforderliche Sanierungen durchzuführen. Dächer sind marode, Fenster undicht, Leerstand ist die Folge. Noch immer stehen in Berlin über 100.000 Wohnungen leer. Häufig müssen Wohnungen verkauft werden, um aus den Erlösen überfällige Sanierungsmaßnahmen der Restbestände durchführen zu können.



Privatisierung gilt in Berlin jedoch nach wie vor als Schreckgespenst, obwohl Privatisierungsbeispiele (Lone-Star, Cerberus) zeigen, dass die neuen Eigentümer entgegen bestehenden Befürchtungen durchaus die Mieterschutzrechte einhalten.

Dresden hat im vergangenen März unter seinem FDP-Oberbürgermeister Roßberg einen mutigen Schritt gewagt und den gesamten Wohnungsbestand der Stadt an den amerikanischen Finanzinvestor Fortress verkauft. Für 48.000 Wohnungen und 1500 Gewerbeeinheiten erlöste die Stadt 1,7 Milliarden Euro und konnte nach Abzug der Verbindlichkeiten der Wohnungsbaugesellschaft fast 1 Milliarde für die Schuldentilgung der Stadt nutzen. Dresden ist damit die erste schuldenfreie Großstadt in Deutschland. Die Rechte der Mieter wurden vertraglich durch eine „Sozialcharta“ abgesichert. Behinderte und Mieter über 60 genießen lebenslanges Wohnrecht, Vertragsstrafen sichern exakt festgelegte Mieterhöhungsspielräume, Luxusmodernisierungen dürfen nicht gegen den Willen der Mieter durchgeführt werden und für 8000 Wohnungen behält Dresden das Belegungsrecht bis 2026.

Dresden macht es uns vor.

Klaus-Peter von Luedeke MdA (BV Steglitz-Zehlendorf)

Aus der Landespartei

In großen Schritten Richtung Wahlkampf

von *Maren Jasper*

Der kommende Wahlkampf war Thema der Sitzung des Landesvorstands am 25. April. Für diesen Wahlkampf werden wir den Bezirken eine bessere Infrastruktur anbieten, so Markus Löning, der ein Paket von Vorschlägen vorstellte. Auf sehr große Zustimmung stieß die Idee, in der Samstagsnacht unmittelbar vor dem Wahlsonntag eine „Lange Nacht der Politik“ zu machen. Dies könne in den Bezirken ganz unterschiedlich aussehen, so der Landesvorsitzende. In Mitte werden vielleicht Nachwahlkampfstände gemacht, dort wo die Menschen ausgehen, in Zehlendorf ein Straßenfest. Dies solle jeder Bezirk selber gestalten. Am Donnerstag davor soll ein prominenter Redner aus der Bundespartei auf einer großen Veranstaltung sprechen. Um unsere Wahlkampfshelfer zu motivieren und zu Beginn des Wahlkampfes besser zu vernetzen, wollen wir eine Auftaktveranstaltung – wahrscheinlich ein Grillen – organisieren.



Neben diesen erfreulichen Themen, gab es lästige Belange zu klären. Es wurde diskutiert, ob der Landesausschuss trotz der laufenden Schiedsverfahren in Charlottenburg-Wilmersdorf, in Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg, in denen es um die Aufstellungen der Listen und somit auch mittelbar um die Landesausschussdelegierten geht, ordnungsgemäß tagen könne. Im Landesvorstand kam der Unmut aus den anderen Bezirken darüber, dass die Verfahren endlich abgeschlossen und „zur Tagesordnung übergegangen werden müsse“ zu Ausdruck. Schließlich folgte noch eine angeregte inhaltliche Diskussion, die von einem Bericht des stellv. Fraktionsvorsitzenden Rainer-Michael Lehman über den Bau einer Moschee in Pankow eingeleitet wurde. Der Landesvorstand positionierte sich klar für dieses Projekt im Sinne der Religionsausübungsfreiheit. Am Ende lud Markus Löning alle Bundesparteitagsdelegierten und Interessierte zu einer Delegiertenbesprechung ein, die am 11. Mai zusammen mit dem Fachausschuss Umwelt stattfinden wird. Thema wird u.a. der Leit Antrag zur Umweltpolitik des Bundesvorstands sein.

Maren Jasper (OV OT) ist Beisitzerin im Landesvorstand der Berliner FDP

Berichte aus Mitte

Ausschüsse beraten wichtige Themen

Violetta Hartmann und Corvin Tolle von der BVV-Fraktion

Im April fand keine BVV Plenumsitzung statt, dafür ergaben sich interessante Themen in der Arbeit der Ausschüsse. Die Ausschüsse sind übrigens fast alle öffentlich, so dass sich ein Besuch lohnt. Wir schicken interessierten Mitgliedern gern Einladungen und Tagesordnungen zu.

Hohe Sozialamtsforderungen offen – Das Sozialamt hat Forderungen in Millionenhöhe (z.B. auf Rückzahlung von Zuschüssen oder Krediten), von denen viele zu verfallen drohen. Der Hauptausschuss hat jetzt auf Initiative der CDU, unterstützt von der FDP, das Sozialamt aufgefordert, schnell die Akten aufzuarbeiten, um die Forderungen einzutreiben. Die SPD wollte dem nicht zustimmen, da es auch Versäumnisse ihres Sozialstadtrates Hanke betrifft. Der Beschluss hatte sofort Erfolg: Das Sozialamt schließt jetzt wochenweise, um tausende offener Akten rechtzeitig abzarbeiten und das Geld einzutreiben.

Es ist ja doch noch Geld da.... – Der Senat hat im Nachhinein die Jahresabschlüsse der Bezirke gekürzt, Mitte wurden mehrere Millionen Euro wieder entzogen. Da aber Altschulden zurückgezahlt werden müssen, musste der Bezirk schnell 7 Mio. € Einsparvolumen finden. Überraschenderweise wurde diese Summe tatsächlich zusammengetragen. Das bedeutet natürlich, dass im Haushalt an einigen Stellen noch Geld versteckt war. Unter anderem wurden Kosten für Personal eingestellt, das längst an den Stellenpool übergegangen ist. Man lernt doch immer noch dazu.

Parkraumbewirtschaftung vorerst nicht extrem ausgeweitet – Die Grünen forderten, das Konzept zur Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung sofort umzusetzen. Damit blitzen sie bei allen anderen Fraktionen ab – noch ist unklar, ob die neuen Zonen etwas nützen oder nur zum Abkassieren dienen. Jetzt wird für jede neue Zone einzeln geprüft, wie sie sich auswirkt. Wir werden dies sehr kritisch begleiten.

Wir sind ansprechbar über das

Fraktionsbüro der FDP in der BVV Mitte, Neues Stadthaus, Raum 230, Parochialstr. 1–3, 10179 Berlin, Tel. 2009 24 365, Fax 2009 24 363

Öffnungszeiten: Mo, 12:00 bis 20:00, Di, Do 12:00 bis 18:00

www.fdp-fraktion-mitte.de

Berlin subventioniert Brandenburg

von Julien Jordan von Reitzenstein

Im Rahmen des Gesprächskreises „Tourismus und Ferienimmobilien“ des BV Mitte diskutierten in einem Streitgespräch am 20.04. Corinna Holländer, stellv. Aufsichtsratsvorsitzende des Deutschen Jugendherbergswerks Berlin-Brandenburg (DJH) und Oliver Winter, CEO der AO Hostel AG, Marktführer der freien Jugendherbergen. Die drei Berliner DJH-Häuser werden kostenfrei vom Land überlassen mit weitgehenden staatlichen Investitionen. Zudem ist das DJH steuerfrei gestellt. Bei gleichem Angebot und Preisen erwirtschaften die freien Herbergen trotz Mietzahlungen, eigenen Investitionen und Steuerlast Gewinne. Wo bleiben die Erträge des DJH? Es stellte sich heraus, dass mit Gewinnen und Einsparungen zu Lasten der Berliner Steuerzahler die Brandenburger Häuser quersubventioniert werden, z. B. für Naturpädagogik. Die Anwesenden forderten den Wegfall der Subventionen und Sondergesetze für das DJH und freien Wettbewerb. Wie Anachronismen beseitigt und Segensreiches dennoch erhalten werden können, wird Gegenstand einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem LFA Wirtschaft sein.

Aus Liebe zur Stadt

Stefan Scholz vom OV Gendarmenmarkt

Mit frischen Ideen wird der OV Gendarmenmarkt in den Wahlkampf starten. Auf der April-Versammlung des Ortsverbandes präsentierte Thomas Waterstradt – Koordinator des OV-Wahlkampfteams – erste Ideen für die Unterstützung unserer Kandidaten bei den kommenden Wahlen. Alle Mitglieder des Ortsverbandes sind hiermit noch einmal herzlich aufgerufen, den Wahlkampf aktiv zu unterstützen – aus Liebe zur Stadt. Vom Gendarmenmarkt gehen aber derzeit nicht nur Impulse für eine erfolgreiche Wahl aus; auch für die Mitglieder und Interessenten tut sich einiges. Mehrere Veranstaltungsideen zu alten und neuen Themen – beispielsweise zum Stadtschloss, zur Stadtplanung und zu Zwangsehen – befinden sich in der Vorbereitung. Ein frischer Internetauftritt ist ebenso in der Umsetzung. Der Wahlkampf gibt auch einem weiteren Ansinnen des Ortsverbandes neuen Schwung: die Mitgliederbasis der FDP zu stärken. Die Ideenwerkstatt am Gendarmenmarkt hat hier gerade für die Wahlkampfphase viel Neues zu bieten. Wir sind gespannt!

Terrorismus in Berlin

Maren Jasper vom OV OT

Hinter dem spannenden Titel der jüngsten Veranstaltung des OV OT am 26.04. verbargen sich ein sehr informativer und anregender Vortrag von Alexander Ritzmann Mda mit anschließender Diskussion. Anlass war das von Ritzmann im November 2005 veröffentlichte Papier „Freiheit sichern – Terrorismus rechtsstaatlich bekämpfen“, das eine umfassende Analyse und politische Handlungsoptionen zum Thema bietet. Der Vortrag zeichnete sich durch eine fundierte Analyse der Lage der Bedrohung durch Terrorismus in Berlin aus – die mit nüchternen Fakten den Boden für Hysterie entzog. Die anschließenden politischen Thesen wurden gemeinsam diskutiert. Hierbei wurde klar, dass es nicht einfach ist, sich auf das Thema Terrorismus zu konzentrieren, ohne auf andere Themen wie Integration und Ehrenmorde zu sprechen. Die lebhaft und „bunte“ Diskussion zu diesen Bereichen rundete den gelungenen Abend ab, der im gemütlichen Ambiente des „Rafael“ stattfand, einem französischen Restaurant in der Auguststraße, das früher schon einmal Treffpunkt von OT war.

Wahlkampf vorbereitungen und Integrationspolitik

Katja von Maur vom OV Tiergarten

Die Vorstandssitzung des OV Tiergarten stand, neben einer ausführlichen Nachlese des Landesparteitags, ganz im Zeichen des bevorstehenden Wahlkampfes und seiner Planung. Wahlkampfmanager für Tiergarten und damit auch Mitglied im Wahlkampfteam des Bezirkes Mitte wird unser bewährter Wahlkämpfer Philipp Ehmann sein, der vor kurzem noch am erfolgreichen Wahlkampf im ‚Ländle‘ tatkräftig mitgewirkt hat. Der politische Brunch des OV Tiergarten (das Original) widmete sich aus aktuellem Anlass ein weiteres Mal dem Thema Integration und Bildung und hatte als Referenten den Fraktionsvorsitzenden in der BVV Neukölln, Sebastian Kluckert, gewinnen können, denn die Probleme in Neukölln ähneln denen in Tiergarten und Wedding sehr. Die Ereignisse an der Neukölner Rütli-Schule sind besorgniserregend, für die wachsam Beobachter jedoch nicht überraschend. Sie gehen weit über die Bildungsproblematik hinaus und zeigen in ganzer Schärfe die Versäumnisse deutscher Ausländerpolitik. Im Rahmen der Diskussion wurden u.a. auch neue Ansätze auf dem Gebiet der Schul- und Integrationspolitik der Bayerischen Landesregierung vorgestellt.

Wahlkampf im Wedding

Volker Jürgensen vom OV Wedding

Der Ortsvorstand Wedding traf sich am 12.04.06 zu einer offenen Sitzung, bei der auch wieder neue Mitglieder begrüßt werden konnten. Zentrales Thema war die Planung des anstehenden Abgeordnetenhaus- und BVV-Wahlkampfes. Um beim Bürger auch schon vor der heißen Phase Präsenz zu zeigen, wurde ein erster Info-Stand für den 20.05. am Leopoldplatz vereinbart. Mit den Direktkandidaten Natja Denk und Peter Lundkowski soll durch einen wiederum engagierten Wahlkampf an das gute Wedding-Resultat von der vergangenen Bundestagswahl angeknüpft werden. Dabei werden verstärkt auch die vielen kleinen Unternehmer im Stadtteil angesprochen.

Brunch mit dem Spitzenkandidaten

Anno Blissenbach vom OV Wilhelmstadt

Am zweiten Sonntag jedes Monats lädt der OV Wilhelmstadt seit Neuestem Mitglieder und Interessenten ab 11.30 Uhr zum Politischen Brunch ins „La Parilla“, und zur Auftaktveranstaltung am 09. April war Henner Schmidt unser Gast. Der Spitzenkandidat der FDP Mitte für die Wahl zum Abgeordnetenhaus gab eine kurze Einführung in Inhalte und Organisation des Wahlkampfes im Bezirk, aus welcher sich eine anregende Diskussion entspann. Unter den Teilnehmern der gut besuchten Veranstaltung fanden sich auch erfreulich viele Interessenten einer Mitgliedschaft im OV Wilhelmstadt, und am Ende bestand Bedarf nach Formularen zum Antrag auf Beitritt. Der zweiten Veranstaltung am 14. Mai, dann mit Afrika-Experte Helmut Strizek, darf man mit freudiger Erwartung entgegensehen. Für die Organisation unseres Politischen Brunches gilt Nils Augustin Dank.

Im Übrigen hat der Vorstand des OV Wilhelmstadt die Weichen in Richtung Wahlkampf gestellt: Neben unserer Ortsvorsitzenden Daniela Zehentner-Capell koordiniert Robert Kammel als stellv. Ortsvorsitzender und Leiter der AG „Presse und Öffentlichkeitsarbeit“ den Wahlkampf im OV.

Am liberalen 01. Mai wurde die neue Webseite www.fdp-wilhelmstadt.de durch Hans-Jürgen Beerfeldt, Bundesgeschäftsführer der FDP und Mitglied im OV Wilhelmstadt, gelauncht. Wir freuen uns auch im Internet über Besuch.

Personalien

(au) Der scheidende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, **Wolfgang Gerhardt**, ist der neue Chef der Friedrich-Naumann-Stiftung. Das 29köpfige Kuratorium wählte den Hessen mit großer Mehrheit zum Nachfolger von **Otto Graf Lambsdorff**. Des Weiteren gibt Gerhardt nach einer Absprache vom Beginn der Legislaturperiode die Fraktionsführung zu Gunsten von Parteichef **Guido Westerwelle** ab. Er tue dies, sagt Gerhardt, der Westerwelles Vorgänger auch im Amt des Parteivorsitzenden war, ohne Bitternis.

(au) Neben viel Arbeit hat es auch seine Vorteile, Bezirksverordneter zu sein: **Corvin Tolle** (OT) konnte sich die einzige über den Bezirk vergebene Karte zum Endspiel der Fußball-WM sichern, da er schneller als andere Bezirksverordnete sich entschließen konnte, die für die Karte geforderte erkleckliche Summe auf den Tisch zu legen.

(au) Alle Landes-Fachausschüsse haben nun ihre Vorstände turnusgemäß neu gewählt. Dem LFA Umwelt- und Energiepolitik sitzt weiter **Maren Jasper** (OT) vor, im LFA Innen und Recht übergab der langjährig Vorsitzende **Hans-Jürgen Schmidt** aus Reinickendorf an **Peter Schantz** (Charlottenburg-Wilmersdorf). In dem „Vorzeige-LFA“ Wirtschaft und Finanzen ist weiter **Volker Thiel** MdA (Treptow-Köpenick) Vorsitzender, im LFA Schule, Volksbildung und Sport **Mathia Specht-Habbel** (Steglitz-Zehlendorf). Im LFA Hochschulen, Forschung, Technologie übergab **Tim Stuchtey** (Tiergarten) an **Erik Schmidt** MdA (Marzahn-Hellersdorf). Unverändert im LFA Kulturpolitik und Medien **Christian Platzer** (OT) und im LFA Ausländerpolitik **Hanaa El-Hussein** (Tempelhof-Schöneberg). Dem LFA Gesundheitspolitik sitzt jetzt **Ulla Neidt** (Reinickendorf) vor. **Thomas Seerig** aus Steglitz-Zehlendorf ist in besonderem Engagement für die liberale Sache weiterhin Vorsitzender des LFA Soziales, Familie, Jugend und des LAK Grundsatz- und Perspektivfragen. Im LFA Stadtentwicklung, Bau- und Wohnungswesen sitzt weiter **Heinrich von Scheel** (Steglitz-Zehlendorf) vor, in dem LFA Verkehrspolitik übergab **Klaus-Peter von Lüdeke** MdA an **Peter Müller** (beide Steglitz-Zehlendorf). Vorsitzender des LAK Außen- und Europapolitik ist weiter **Kay Ehrhardt** (Steglitz-Zehlendorf), jener des LAK Schwule und Lesben **Gumbert Salonek** (Friedrichshain-Kreuzberg). Einziger stellv. Vorsitzender aus Mitte ist **Anno Blissenbach** (Wilhelmstadt) im LFA Schule, Volksbildung und Sport, der als stellv. Vorsitzender des LFA Kulturpolitik und Medien jüngst zurückgetreten war.

(au) Über mehr als hundert Teilnehmer konnten sich **Oliver Knipping** und **Sascha Tamm** (beide OT) beim „Reformgipfel“ des Institutes für Unternehmerische Freiheit freuen. Unter den Referenten auf der hochkarätigen Veranstaltung **Andrei Illarionow**, Ex-Wirtschaftsberater von Wladimir Putin, sowie die Professoren **Charles Blankart**, **Manfred Rose** und **Erich Weede**.

(au) Viel Bundesprominenz besuchte das Frühlingsfest der FDP-Fraktion im AGH. Fraktionschef **Martin Lindner** durfte dabei etwa **Guido Westerwelle**, **Wolfgang Gerhardt** und **Rainer Brüderle** begrüßen. **Cornelia Pieper**, gelernte Übersetzerin, konnte sich auf dem Fest auch das Vergnügen gönnen, mit unserem stellv. Bezirksvorsitzenden **Piotr Pawlowski** (Tiergarten) in dessen polnischer Muttersprache zu parlieren.

(au) Wenn ein Gericht oder Schiedsgericht auch unter massivem Druck dem Recht und der Ordnung Geltung verschafft, dann erfüllt es eine edle Aufgabe. Setzen sich die Beteiligten dem damit verbundenen Stress ehrenamtlich in einem Parteischiedsgericht aus, so verdient ihr Tun besondere Anerkennung. Auf der Ebene des FDP-Landesverbandes Berlin sind es Schiedsgerichts-Präsident **Neithardt Neitzel**, sein Stellvertreter **Wolfgang Schirp** und Beisitzer **Martin Buch**, welche sich – unterstützt vom Geschäftsführer **Andreas Schulz** – im Dienst an der liberalen Sache in ihrer Freizeit durch Aktenberge wühlen, damit innerparteiliche Ambition und Konkurrenz ihren Rahmen findet. Hat der LV Berlin in der Bundes-FDP seit jeher den Ruf, die Schiedsgerichtsbarkeit besonders gern in Anspruch zu nehmen, so setzt die Kandidatenaufstellung zur AGH-Wahl 2006 neue Höhepunkte im Umfang der Schriftsätze. In Bezug auf die individuelle Berechnung der bezirklichen Delegiertenschlüssel durch den Schatzmeister des BV Charlottenburg-Wilmersdorf sah sich das Schiedsgericht jüngst gar zur Bestellung eines Schlichters gezwungen, **Hans-Jürgen Schmidt** wirkt dort an vorderster Front für das Recht. Es ist zu hoffen, dass nicht zuletzt auf dieser Baustelle schnell innerparteiliche Rechtssicherheit geschaffen werden kann. Und auch bei den Berliner Jungen Liberalen gibt es verdienstvolle Streiter für die innere Ordnung der Rechtsstaats-Partei: **Monika Schuch**, **Mirco Dragowski** und **Florian Bauer** schreckten jüngst nicht davor zurück, die Wahl des JuLi-Landesvorstandes auf Grund formaler Unregelmäßigkeiten einstimmig für nichtig zu erklären. Jedenfalls darf man sich wünschen, dass der liberale Kampf gegen die Arbeitslosigkeit künftig eine Grenze findet, wenn es um den Arbeitsanfall bei Partei-Schiedsgerichten geht.

Wir freuen uns über Post.
Bitte senden Sie Ihren Leserbrief an
redaktion@liberal-central.de
Wir behalten uns vor, Leserbriefe nicht zu
veröffentlichen oder zu kürzen.

Schlusswort

Ergebnisorientiert Moderieren und Planen

von *Katja von Maur*

Der letzte Landesparteitag hat es unmissverständlich deutlich gemacht: das Gros der Berliner FDP-Mitglieder sieht sich nicht als willenloses „Stimmvieh“ wie mancher vielleicht Glauben machen möchte, sondern nimmt die politische Teilhabe sehr ernst.

Nur so ist zu begreifen, warum das Interesse der Delegierten beim Landesparteitag im Wesentlichen der Antragsberatung zum Wahlprogramm galt. Hier zeigt sich einmal mehr, wie konstruktiv die Ortsverbände, Bezirksverbände, Arbeitskreise, AGs und Fachausschüsse, dank ihrer engagierten Mitglieder und Fachleute arbeiten.

Der neue Landesvorstand und die künftige Abgeordnetenhausfraktion sind in der glücklichen Lage, und wissen diese Chance hoffentlich auch

künftig zu schätzen, auf diesen ehrenamtlich tätigen teilweise hocheffizienten Unterbau zurückgreifen zu können.

Als besonders effizient haben sich nach meiner Erfahrung die OV, BVs, AGs und Fachausschüsse erwiesen, deren Vorsitzende die Kunst beherrschen, ihre Mitglieder einerseits in bester laissez-faire Manier zur Tatkraft und Mitwirkung anzuspornen und so schlicht zum Arbeiten bringen, gleichzeitig aber auch ergebnisorientiert moderieren und planen, so dass es auch für alle akzeptabel ist, wenn der eine oder andere an der Teilnahme vor allem die Pflege von Sozialkontakten schätzt.

Unabdingbare Voraussetzung für eine effektive politisch erfolgreiche Arbeit und Zusammenarbeit ist vor allem die Lust und Fähigkeit zu kommunizieren. Dazu gehören regelmäßige Treffen und ein frühzeitig allen Interessenten bekannter Terminplan. Hier haben einige sicher noch ein erhebliches Verbesserungspotential, es sei denn, es besteht kein echtes Interesse an politischer Arbeit, sondern lediglich Interesse an einer reinen „Amtswaltung“.

Jeder sollte sich deshalb aufgerufen fühlen, entschlossen und aktiv in (s)einem OV, (s)einem BV und/ oder einem Fachausschuss an der politischen Meinungsbildung mitzuwirken. Nur so sind wir als Liberale überzeugt und überzeugen auch unsere potentiellen Wähler.

Berlin, 12.5.2006

Einladung zum Bezirksausschuss der FDP Berlin-Mitte

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde,
hiermit lade ich zur nächsten Sitzung des Bezirksausschusses der FDP Berlin-Mitte ein.

Die Sitzung findet statt am

Montag, 29.5.2006, um 20 Uhr im Rathaus Tiergarten (Turmstraße), BVV-Saal

Ich schlage folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung, Genehmigung der Tagesordnung, Ladung, Stimmberechtigung
2. Beschlussfassung über das Wahlprogramm für den Bezirksverband Mitte
3. Berichte (a) aus dem Bezirksvorstand, (b) aus der BVV
4. ggf. weitere Berichte
5. ggf. Anträge
6. Verschiedenes

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Kurt M. Lehner

Termine

Mai 2006

- 13.05/14.05 Bundesverband: **Ordentlicher Bundesparteitag** in Rostock, Informationen unter www.parteitag.fdp.de, im TV live auf Phönix
- 14.05 11.30h OV Wilhelmstadt: **Politischer Brunch** – Thema: Die Politische Lage in Zentralafrika – Gast: Helmut Strizek – im La Parilla (Albrechtstr. 14)
- 15.05 19.00h BVV-Fraktion Mitte: **Fraktionssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 2), R. 230
- 15.05 19.00h Liberale Frauen LV Berlin: **Diskussionsveranstaltung** zum Stadtschloss – mit Wilhelm von Boddin – am Hausvogtplatz 3-4, Anmeldung cm@fdp-marzahn.de
- 18.05. 17.30h *BVV Mitte*: **Plenumssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 2), Otto-Suhr-Saal
- 28.05 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 29.05 20.00h BV Mitte: **Bezirksausschuss** – u.a. Verabschiedung des Bezirks-Wahlprogrammes – im Rathaus Tiergarten (Turmstr.), BVV-Saal
- 31.05 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Stammtisch** in der Trattoria Bacchus (Leipziger Str. 33)

Juni 2006

- 01.06 21.30h OV Wilhelmstadt: **Vorstand** im La Parilla (Albrechtstr. 14)
- 06.06 19.00h JuLis Mitte: **Mitglieder- und Interessententreffen** im Café Via Nova (Universitätsstraße 2-3a)
- 06.06 19.30h LV Berlin: **Jahreshauptversammlung des Landesausschusses** (Fortsetzung) – u.a. mit Wahl der Mitglieder des Landessatzungsausschusses – im Rathaus Schöneberg (John-F.-Kennedy-Platz), BVV-Saal
- 11.06 11.30h OV Wilhelmstadt: **Politischer Brunch** im La Parilla (Albrechtstr. 14)
- 13.06 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Mitgliederversammlung** im Löwenbräu (Leipziger Str. 61)
- 13.06 19.30h OV Tiergarten: **Vorstand** im Lichtblick (Birkenstr. 33)
- 14.06 19.00h OV Gendarmenmarkt, OV Wedding, OV Wilhelmstadt, Liberale Frauen LV Berlin: **Diskussionsveranstaltung** „Zwangsheirat - mitten unter uns - in unseren Bezirken, in unserer Hauptstadt, eine nicht hinnehmbare Realität. Was können wir tun?“ – mit Kerstin Drobick, Mieke Senfleben Mda, POK Christian Horn, PK Andrea Kretschmer – Dr. Bettina von Seyfried – im AGH (Niederkirchner Str.), Raum 376
- 19.06 19.00h BVV-Fraktion Mitte: **Fraktionssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 2), R. 230
- 22.06. 17.30h *BVV Mitte*: **Plenumssitzung** im Neuen Stadthaus (Parochialstr. 2), Otto-Suhr-Saal
- 25.06 11.30h OV Tiergarten: **Politischer Brunch** im Walhalla (Krefelder Str. 6)
- 28.06 19.30h OV Gendarmenmarkt: **Stammtisch** in der Trattoria Bacchus (Leipziger Str. 33)

**Termine im Bezirk werden laufend aktualisiert unter www.fdp-mitte.de
Bitte senden Sie Ihre Termin-Informationen an termine@fdp-mitte.de**

Vorstands- und Fraktions-Sitzungen sind, soweit hier genannt, für Mitglieder öffentlich

Liberal Central erscheint monatlich außer August. Redaktionsschluss ist der erste Tag jedes Monats. LC wird um den fünften Tag des Monats als Datei auf der Webseite www.liberal-central.de eingestellt und als e-mail versendet. Print-Ausgaben werden um den zehnten Tag des Monats verschickt.

Weitere Hinweise, alle früheren Ausgaben und mehr finden Sie unter www.liberal-central.de.

Den Chefredakteur und alle OV-Redakteure erreichen Sie unter redaktion@liberal-central.de.